

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 21. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 15. September 2010

Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil

Sitzungsdauer: 18.00 – 20.30 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat

Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident

Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin

Christoph Morat Franziska Pausa Robert Vogt Arnold Julier Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Benedikt Gnos

Markus Gruber René Imhof Liane Klauser Hans-Peter Tschui Peter von Arx

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23

20.00 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

 Wahl eines Stimmenzählers für das Büro des Einwohnerrates anstelle des zurückgetretenen Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, für die Amtsperiode vom 01.07.2010 bis 30.06.2011

Geschäft 3947

2. Wahl eines Mitgliedes und des Präsidiums für die **Kommission Gemeindeordnung und –reglemente** anstelle des zurückgetretenen Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)

Geschäft 3945

 Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat der Sekundarschule anstelle der zurückgetretenen Simone Hauser, FDP/GLP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012) Wahlvorschlag: Dr. Viviane Bohner Lang

Geschäft 3952

4. Wahl eines Ersatzmitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission** anstelle des zurückgetretenen Rico Canonica, FDP/GLP-Fraktion,

für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012)

Geschäft 3953

 Bericht des Gemeinderates vom 27.04.2010 zum Postulat von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006 betreffend Naturschutzkonzept

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt

Geschäft 3649 / A

6. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Josua M. Studer vom 19.01.2009 betreffend

Parteienberichte auf der Website der Gemeinde Allschwil

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber

Geschäft 3823 / A

 Bericht des Gemeinderates von 18.08.2010 zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion und Josua M. Studer, vom 15.02.2009 betreffend Sicherung der politischen Kommunikation im Allschwiler-Wochenblatt Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber

Beschlussantrag von Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, vom 21.10.2009

betreffend Amtliche Publikationen

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3902

9. Interpellation von Josua M. Studer vom 10.02.2010 betreffend

Allschwiler-Wochenblatt auf der Gemeinde-Website

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber

Geschäft 3925 / A

10. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat

von Josua M. Studer vom 19.01.2009 betreffend

TV-Auftritt der Gemeinde Allschwil

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber

Geschäft 3824 / A

11. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend

Tonaufnahme der Einwohnerratssitzungen als Podcast

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber

Geschäft 3890 / A

12. Mündliche Ausführung (Info-Fenster) zum Postulat von Jérôme Mollat,

FDP/GLP-Fraktion, vom 14.09.2009 betreffend

Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach

des Schulzentrums Neuallschwil

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

Geschäft 3894 / A

13. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 16.02.2010 betreffend

Wegsanierung vor dem Jugendhaus (JTA) Allschwil

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat

Geschäft 3926 / A

14. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat

von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil,

vom 03.03.2010 betreffend Verwendung der ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf der Namenaktien Blockheizkraftwerk Bettenacker AG und der

Abtretung der Darlehensforderung an die EBM (Betrifft ER-Geschäft 3905)

Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli

Geschäft 3928 / A

15. Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, vom 18.11.2009 betreffend

Durchführung von zwei Bring- und Holtagen pro Kalenderjahr

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3906

16. Motion von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.07.2010 betreffend

Umgestaltung des Allschwiler Dorfplatzes

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3914

17. Postulat von Josua M. Studer vom 16.01.2010 betreffend

Nummerierung der Einwohnergeschäfte

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3922

18. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 26.04.2010 betreffend

Temporeduktion rund um das Schulhaus

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3938

19. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010 betreffend

Pedibus für Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3941

20. Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP,

Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, Grünliberale,

vom 10.05.2010 betreffend Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3942

21. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.06.2010 betreffend

Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3948

22. Postulat von Siro Imber, FDP, vom 16.06.2010 betreffend

Grenzlage als Chance bei der Sprachausbildung nutzen

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3949

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 21 vom 15. September 2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil Kathrin Gürtler

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat und geschätzte Zuhörer. Ich möchte Sie begrüssen zu unserer ersten Sitzung nach den Sommerferien. Die Kommissionen haben bereits angefangen zu arbeiten und heute tut dies der ganze Rat. Im Speziellen möchte ich Juliana Weber Killer begrüssen, sie ist anstelle von Jürg Gass im Einwohnerrat für die SP nachgerückt. Wir haben noch jemanden, der nachgerückt ist, nämlich Matthias Lochmann. Er ist in der FDP für Rico Canonica nachgerückt.

[Entschuldigungen/Präsenz: siehe Protokolleingang)

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Mea culpa, Benedikt Gnos ist in den Ferien, ich habe es vergessen zu melden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben ein paar Postulate und Vorstösse auf dem Tisch. Da ist ein Postulat betreffend Velofreundlichkeit auf der Baslerstrasse, eingereicht von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler. Wir haben ein Postulat betreffend Jugendfeuerwehr in Allschwil, unterzeichnet vom Fraktionspräsident der SVP, Cedric Roos. Wir haben eine kleine Anfrage betreffend Sanierungsprojekt Le Letten von Andreas Bammatter, und nochmals eine kleine Anfrage betreffend zukunftsweisende Wohnüberbauung in Allschwil am Baselmattweg, auch eingereicht von Andreas Bammatter. Ich gebe das Wort Cedric Roos für ein persönliches Wort.

Cedric Roos, 1. Vizepräsident: Geschätzte Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Wie Sie sicher festgestellt haben, ist die SVP-Fraktion heute schwach vertreten. Ich möchte mich im Namen der betroffenen Personen, Liane Klauser, René Imhof und Hans-Peter Tschui, entschuldigen und klarstellen, dass dies weder auf mangelnden Respekt noch auf mangelndes Interesse der Arbeit hier zurückzuführen ist, sondern dass es geschäftliche Termine sind, die leider nicht verschiebbar waren.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Sie wurde rechtzeitig versendet. Wir haben heute zwei Besonderheiten. Zum einen werden die Traktanden 6 bis 9 aufgrund der Themengleichheit zusammen behandelt. Sie wurden vom Gemeinderat in einem Bericht beantwortet. Traktandum 12 wird im Rahmen des Infofensters durch den Gemeinderat Christoph Morat behandelt. Gibt es Änderungswünsche zur Traktandenliste? – Nein, das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste genehmigt.

538 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Stimmenzählers für das Büro des Einwohnerrates anstelle des zurückgetretenen Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, für die Amtsperiode vom 01.07.2010 bis 30.06.2011, Geschäft 3947

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Als Wahlvorschlag liegt Juliana Weber Killer vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall.

://:

Wenn es nicht bestritten wird, dann ist Juliane Weber Killer somit in stiller Wahl gewählt.

Ich gratuliere. Wir können den Wechsel grad machen.

539 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes und des Präsidiums für die Kommission Gemeindeordnung und –reglemente anstelle des zurückgetretenen Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3945

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich habe von der SP den Wahlvorschlag für das Präsidium Armin Bieri. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Josua Studer

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, werte Anwesende. Ordnungshalber sollte man zuerst das Mitglied wählen, damit die Kommission komplett ist. Erst bei einer kompletten Kommission kann man den Präsidenten wählen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich habe mich entschieden, die Wahl in einem durchzuführen, weil es der Vorschlag ist, dass Armin Bieri das Präsidium übernehmen wird.

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, werte Anwesende. Ich habe sämtliche Fraktionen angeschrieben. Wenn die Fraktionspräsidenten ihre Fraktionsmitglieder informiert haben, dann wissen alle Einwohnerräte hier, dass ich schwere Bedenken haben, dass Armin Bieri das Präsidium übernehmen soll für diese Kommission. Er hat uns ein Jahr lang gezeigt, dass er als Einwohnerratspräsident Sitzungen chaotisch geführt hat, Fehler gemacht hat, die er selber eingestanden hat. Als VPK-Vizepräsident hat er schon Geschäfte vertreten müssen, das war nicht würdig. Ich finde, dass die SP bereits ein Mitglied in dieser Kommission hat. Dieses Mitglied soll doch das Präsidium übernehmen, das ist Simon Maurer. Ich finde es nicht in Ordnung, dass jemand neu in die Kommission geht und grad Präsident wird. Ich stelle den Antrag, dass Simon Maurer Präsident wird.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Somit haben wir zwei Nominationen, Herr Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Fristgerecht, nachdem wir in der Fraktion beschlossen haben, wie es weiter geht, habe ich sämtliche Fraktionspräsidenten und Fraktionspräsidentinnen angeschrieben und auch die zwei freien Mitglieder, Herr und Frau Studer. Richtig ist, dass Josua Studer danach ein Mail geschrieben hat und das, was er gesagt hat, dargelegt hat. Ich hatte bis heute Abend kein Mail von anderen Fraktionen. Ich gehe davon aus, dass Sie das akzeptieren und die Hoheit, wie es üblich ist, entsprechend der Fraktion überlassen, die das Präsidium hat und die Person zur Wahl stellt. Ich beantrage, dass wir dies so handhaben, wie es die Präsidentin des Einwohnerrates vorgeschlagen hat. Armin Bieri soll in die Kommission gewählt werden und das Präsidium übernehmen. Intern haben wir das besprochen und wir finden das eine gute Lösung.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Kommt aus dem Rat der Antrag, dass wir zuerst das Mitglied der Kommission wählen und dann das Präsidium oder können wir Mitglied und Präsidium in einem Wahlgang durchführen?

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, ich habe den Antrag bereits gestellt, Sie müssen ihn nicht nochmals anfordern.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Antrag war nicht ganz verständlich. Wir kommen jetzt zur Wahl vom Mitglied Armin Bieri. – Herr Winter.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nicht den ganzen Nachmittag Juristerei machen. Der Antrag war ein Wahlgang. Wir müssen zuerst den Antrag überlegen, ob wir einen oder zwei Wahlgänge machen wollen. Wenn der Antrag von Josua Studer obsiegt, dann haben wir zwei Wahlgänge. Würde der Antrag von Josua Studer unterliegen, dann haben wir einen Antrag. Wenn, dann korrekt. Zur Ergänzung: Die Fraktion hat intern klar beschlossen. Auch der Vorschlag, dass ich es übernehmen soll, wurde klar von mir und der Fraktion negiert. Ich stehe jedem Mitglied zur Verfügung, Text und Arbeit mitzubegleiten, aber die Fraktion hat beschlossen und unsere Meinung ist klar. Wir machen entweder einen oder zwei Wahlgänge.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir stimmen jetzt über den Antrag von Josua Studer ab, ob es zwei Wahlgänge gibt.

://:

Der Antrag Josua Studer wird mit 32 Nein- zu 2 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Somit kommt es direkt zur Wahl.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es liegen zwei Nominationen vor: Armin Bieri und Simon Maurer. Wir verteilen die Stimmzettel für die Wahl. - Ich gebe das Wort Simon Maurer.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Werte Präsidentin, liebe Einwohnerräte. Ich hatte in keinem Moment die Absicht, für das Amt als Präsident dieser Kommission zu kandidieren. Wir haben intern in der Fraktion beschlossen, dass das Amt an Armin Bieri übergeht. Ich stehe nicht zur Wahl.

Josua Studer, parteilos: Ich mag als "stuure Siech" hier stehen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass man bei den Gemeinderatswahlen nicht offizielle kandidieren muss, um gewählt zu werden. Es gibt dafür genug Beispiele in der Praxis. Ich habe Simon Maurer nominiert, ich möchte, dass wir darüber abstimmen und schauen, wie viele Stimmen er erhält. Sie müssen dies nicht mit Wahlzetteln machen, Sie können eine offene Wahl machen. Nur beim Präsidium muss man das machen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Herr Studer, Ihre Nomination steht immer noch, es ging darum, dass Simon Maurer persönlich Stellung nehmen konnte dazu.

Wir haben das Wahlresultat. Ich möchte bekannt geben, dass Simon Maurer als Stimmenzähler in den Ausstand getreten ist und für ihn der Ersatzstimmenzähler Nedim Ulusoy ausgezählt hat. Abgegebene Stimmzettel 34, gültig 33, ungültig 1.

://:

Gewählt ist mit 31 Stimmen Armin Bieri.

Simon Maurer hat 2 Stimmen erhalten. Ich gratuliere Armin Bieri.

540 01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat der Sekundarschule anstelle der zurückgetretenen Simone Hauser, FDP/GLP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2012) Wahlvorschlag: Dr. Viviane Bohner Lang, Geschäft 3952

Kathin Gürtler, Präsidentin: Gibt es aus dem Rat weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall.

://:

Wenn die stille Wahl nicht bestritten wird, dann ist Dr. Viviane Bohner Lang gewählt.

Ich gratuliere Ihnen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, ich möchte nochmals auf das Traktandum 2 zurückkommen und den Fraktionen danken für den Respekt, den Sie Armin Bieri und der Fraktion entgegengebracht haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass ein Resultat so ausfällt. Danke vielmals.

541 01.030 Einwohnerrat

Traktadum 4

Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Rico Canonica, FDP/GLP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3953

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich bitte um Wahlvorschläge. Siro Imber.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP/GLP-Fraktion nominiert Matthias Lochmann, der heute nachgerückt ist.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Nominationen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

://:

Wenn die stille Wahl nicht bestritten ist, dann ist Matthias Lochmann gewählt. Ich gratuliere Ihnen.

542 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 27.04.2010 zum Postulat von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006 betreffend Naturschutzkonzept Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3649 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, dann gebe ich das Wort Gemeinderat Robert Vogt.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren. Ich möchte Sie gerne über das Naturschutzkonzept orientieren, das wir im Auftrag des Einwohnerrates machen lassen haben. Der Postulant hat einen wunden Punkt getroffen, weil mit dem erneuten Erarbeiten des Naturschutzkonzepts haben wir genau die wunden Punkte aufdecken können. Wie wir im Bericht geschildert haben, wurde das Büro beauftragt, das damals 1985 den ersten Bericht erstellt hat. Dieses hat nun auch den zweiten Bericht im Jahr 2008 erstellt. Da hat man klar erkannt, als man es in Allschwil systematisch aufgenommen hat, dass der Zustand der Umgebung in wesentlichen Punkten schlechter wurde. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass wir einen grossen Druck vom Baugebiet haben und die Landwirtschaft ihre Existenz braucht. Man sieht in unserem Bericht, dass es verschiedene Punkte gibt, die eindeutig nicht erfolgt sind. Ziele, die 1985 gesetzt wurden, sind bis heute nicht erreicht worden. Man sieht auch, dass die Gemeinde in anderen Belangen bereits aktiv war und in der Zwischenzeit, in den 20 vergangenen Jahren, bereits andere Massnahmen realisiert hat, wie zum Beispiel wertvolle Naturwiesen unterstützen und erhalten, oder Obstbäume, die speziell gefördert werden, besonders Hochstammbäume. Dass wir gesehen haben, dass viele Punkte in Allschwil verschlechtert wurden seitens der Natur, haben wir natürlich nicht erst jetzt erkannt, sondern wir haben das Landschaftsentwicklungskonzept bereits verabschiedet und dort eine sehr gute Grundlage geschaffen, um in Zukunft den Schutz der Natur massiv zu verbessern. Sie finden dazu in Beilage 1 und 2 des gemeinderätlichen Berichts die entsprechenden detaillierten Punkte, wo wir Verstärkungspotential sehen. Das sind einige Sachen, wie Sie nachlesen konnten.

Es sind auch wichtige Sachen darunter, wie zum Beispiel, dass wir Inseln schaffen, wo sich die Natur zurückziehen kann oder dass wir verstärkt einen Obstbaumgürtel um Allschwil schaffen möchten und dass wir einzelne Naturschutzobjekte speziell schützen wollen. All diese Sachen können im Rahmen des Landschaftsentwicklungskonzept verwirklicht werden. Es wird nicht zuletzt Ihnen die Gelegenheit geboten, mit dem Landschaftsplan dies umzusetzen und die gesetzliche Grundlage zu schaffen. In diesem Sinn bin ich noch nicht zufrieden mit dem Naturschutz in Allschwil, das haben Sie dem Bericht entnehmen können. Wir haben noch viele Verbesserungsvorschläge erwähnt, aber wir möchten mit diesem Bericht dennoch darum bitten, dass wir das Postulat abschreiben können. Die Frage von Luzius Cueni über den Zustand der Natur in Allschwil konnten wir beantworten.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich eröffne die Diskussion zum Geschäft als Ganzes.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Geschätzte Präsidentin, geschätzte Anwesende. Ich finde es schade, dass dieses Postulat 4,5 Jahre gebraucht hat, um vom Gemeinderat bearbeitet zu werden. Bei der Umsetzungskontrolle, die wir in der Tabelle finden, komme ich ins Staunen, dass von 11 Empfehlungen 11 nicht umgesetzt wurden, gewisse wurden dann noch aufgenommen oder nicht. Auch auffallend ist, dass wertvolle Naturobjekte verschwunden sind und es andere negative Veränderungen gegeben hat, die Neophyten zum Beispiel, das ist auch nicht gut. Stattdessen hat die Gemeinde konkrete Massnahmen ergriffen, mit den Obstbäumen und den Wiesen. Ich frage mich, warum man ein kostspieliges Naturschutzkonzept von Experten in Auftrag gibt, und nachher nicht weiterverfolgt, sondern Extra-Züge fährt mit anderen Ideen und so das Ganze sichtlich aus den Augen verliert, nämlich das Naturschutzkonzept. Wir hoffen, dass in Zukunft solche in Auftrag gegebene Konzepte nicht versanden, sondern tatsächlich begleitet und umgesetzt werden. Ich möchte noch konkret auf ein paar Zahlen zu sprechen kommen. Im Budget 2008 wurde für den Naturschutz CHF 12'600 eingesetzt, es wurden aber nur CHF 600 ausgegeben. Im Jahr 2009 waren es CHF 11'900 im Budget, ausgegeben wurden CHF 1'900. Das möchte ich in den Raum stellen. Zu den Massnahmen im Bericht des Gemeinderates möchte ich die Frage stellen, ob es auch wieder 25 Jahre

dauert.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was wir beim LEK gesagt haben, gilt auch hier beim Naturschutz. Weil wir alle auf landwirtschaftliche Produkte angewiesen sind, muss jeder Quadratmeter, den wir hier verlieren, an einem anderen Ort neu geschaffen werden oder es muss intensiver Landwirtschaft betrieben werden. Das liegt nicht im Interesse des Umweltschutzes. Wir haben zwar vor der Haustüre ein Biotop, aber die landwirtschaftlichen Produkte, die wir brauchen, müssen von Ferne angefahren werden. Die FDP/GLP-Fraktion stimmt diesen Anträgen zu.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Was lange währt und lange dauert, das ruhet tief, darum ging ich ins Archiv. Ich habe in den alten Akten geschaut. Manchmal ist es ein Vorteil, wenn man ein alter Fuchs ist hier. Es gab eine Motion im letzten Jahrhundert, 1983, unterschrieben von Persönlichkeiten wie Ruth Greiner, Ernst Bosshard, Elsbeth Hofstetter, Renate Siegenthaler und viele andere und Robi Vogt. Aus dieser Motion gab es eine Arbeitsgruppe, die ein Konzept aufgebaut haben. In dieser Arbeitsgruppe waren Dr. Ueli Halter als Vertreter und Präsident des WWF, Dr. Georg Huber, Naturschutzpräsident, Dietmar Friedli, Sylvester Dammann, sicher vielen noch bekannt als Präsident des Vogelschutzes, Walter Ganz, Gemeinderat, Peter Humbel, Paul Müller, Präsident CVP, Oberholzer, damals bei den Grünen, Hans Bieri, Paul Vogt, Willi Vogt vom Bürgerrat, Peter Steger und Josef Bertram. Die haben eine riesen Arbeit gemacht. Man nimmt es nun wohlwollend Zur Kenntnis, aber es ist wenig passiert. Jemand, der diese Leute noch kennt, weiss, was die für Herzblut hatten. Es ist enttäuschend wenig passiert in dieser Zeit. Der jetzige Robi Vogt, Gemeinderat, hat gesagt, es sei ein wunder Punkt. Ein wunder Punkt, der weh macht, wird meistens grösser und kann den ganzen Körper ergreifen und die ganze Gemeindefläche. In gewissen Sachen sind der Gemeinderat, die Verwaltung und die Bürgergemeinde sehr aktiv geworden. Aber in gewissen Sachen ist wirklich nichts gegangen. Es wird im Bericht auch fair ausgewiesen. Ihr sprecht von Obstbäumen. Das ist toll, aber dank den Bauern, die das wollten, sind die stehen geblieben. Es gab eine Aktion "Schul und Baum". Was Max Ribi damals wollte mit mir zusammen, ist immer noch nicht umgesetzt. Jede Schulklasse hat ihren Baum. Nein, jede Schulklasse hat ein Stück Strasse oder einen Parkplatz. Wir reden viel vom Landschaftsplan, auf diesen hoffe ich. Die Natur innerorts wäre auch einmal ein Thema. Damals mit Roman Meury als Gemeinderat, als ich die Umweltkommission präsidierte, hatten wir viele Ideen und wir wurden zurückgebunden. Eine Kommission kann nicht aktiv werden, wenn der Gemeinderat nichts macht. Wir hatten

tolle Ideen für Natur im Dorf, Wettbewerbe, grösste Sonnenblumen, jede Klasse hat einen Garten etc. Etwas möchte ich stark betonen. Wir haben in Allschwil zwei Kommissionen, eine gemeinderätliche, das ist die Naturschutzkommission, eine Fachkommission. Und wir haben die Umweltkommission aus unserem Einwohnerrat. Beide hatten in den letzten sechs Jahren nie einen Termin zum weiterschaffen, so viel ich weiss. Hier könnte man die Ideen holen und mit der Bevölkerung aktiv werden. Es hat nichts damit zu tun, dass unser Boden intensiver gemacht werden muss oder dass wir gute Wege finden müssen. Wir haben bei uns gute Böden. Die Bürgergemeinde macht sehr viel, zum Beispiel Führungen. Ich sage nicht, wer an den Informationen teilnimmt. Sie können selber schauen und Sie wissen, ob Sie jemals dabei waren. Schulklassen machen seit Jahren ganz viel. Auch hier habe ich den Eindruck in letzter Zeit, dass es stagniert. Ich denke an die Pflege von Biotopen, die leider von der Verwaltung eingeschränkt werden musste. Kürzlich hatten wir 77 Stunden Jugendorganisationen. Die Grossen der Pfadi waren im Wald und haben Eichen gepflanzt. Das läuft alles auf privater Basis: Vogelschutz und unsere Fraktion. Es wäre schön, wenn viel mehr Leute hier mitmachen würden. Ich appelliere an den Gemeinderat, die Verwaltung und an die Bürgergemeinde. Es war eine riesen Arbeit mit vielen Ideen. Wir haben Fachkommissionen, die hier begleiten und helfen können, Ideen einbringen und das Mögliche aufzeichnen können. Wir haben Ideen und Bedarf. Der wunde Punkt ist sehr gross. Ich hoffe, wir können hier auf gutem Wege miteinander weitergehen. Es wäre schade um die riesen Arbeit und einmal mehr ein Konzept, das Papier bleibt.

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, werte Anwesende. Der Gemeinderat hat zweimal Haue bekommen von linker Seite. Ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Erstens hat er Geld eingespart, das wurde eben gesagt. Dafür gebührt ihm grosses Lob. Er hat den LEK präsentiert, der mir schon viel zu weit geht. Wir haben eine Bio-Abfuhr in Allschwil und wir haben ein schönes Allschwil. Wir haben auch im Dorf und überall Grünflächen. Wir haben begrünte Dächer und sobald wir zum Dorf hinausgehen, sind wir voll in der Natur. Wir haben andere Sorgen, als darauf herumzureiten und zu sagen, es sei schlecht. Jean-Jacques Winter hat gesagt, wie viel Papier produziert wurde und der Gemeinderat hat gezeigt, dass man dies auch mit weniger Papier verwirklichen kann. Ich danke dem Gemeinderat für seine Arbeit.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Werte Präsidentin, liebe Einwohnerräte. Ich finde es schade, dass jetzt so darauf herumgehackt wird. Wo ist denn das Mühletäli, das grosse Naturschutzgebiet? Das wird nicht erwähnt, alle Weiher, die dort gemacht wurden, und die Einschränkungen, die wir Bauern haben. Wo fehlt es denn in der Landschaft? Im Dorf, im besiedelten Gebiet ist es so, dass mit Privatinitiative viel gemacht werden kann. Wenn man durch bebaute Gebiete geht, speziell über den Rosenberg, dann ist das ein Wald. Es ist sehr grün in diesen Gärten. Man könnte ganz andere Aufzählungen machen zu diesem Bericht, als sie eben gemacht wurden. Die Flächen, die die Bauern bearbeiten, sind in den letzten 20 Jahren wesentlich naturnäher geworden. Diese Vorschriften werden vom Bund gegeben und sollen vom Bund noch extremer werden. Wir von der Gemeinde haben hier kleine Möglichkeiten. Ich sage nicht, dass wir diese nicht machen sollen. Das Thema mit den Obstbäumen: Ihr wisst alle, wenn das Kind geboren ist, also der Baum gesetzt, dann ist nur etwas gemacht. Das bezahlt die Gemeinde, den Baum setzen. Alles andere ist dann irgendwo gegeben in einem Jahresbeitrag von CHF 15. Das reicht nicht, um einen Baum am leben zu erhalten. Dankeschön.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Auch die CVP kann sich den Voten von vorhin zum Teil anschliessen. Auch wir meinen, dass die Empfehlungen, die jetzt gemacht wurden, ernst genommen und möglichst rasch umgesetzt werden sollen. Positiv fällt mir auf, dass sich unsere Gemeinde um den Erhalt der Hochstammobstbäume bemüht. Diese Bäume bieten vor allem im Frühling einen wunderschönen Anblick und sind mit ihrer Blust eine Augenweide und typisch für das Baselbiet. Für die Bauern ist die Bewirtschaftung dieser Bäume aufwändiger als bei den Niederstammbäumen. Im direkten Gespräch mit ihnen hat man mir gesagt, dass eine Entschädigung von CHF 60 pro Baum, die die Gemeinde ihnen bezahlt, gut gemeint sei, aber viel zu wenig ist, um den Hochstämmern eine Zukunft zu geben. Es wäre dringend notwendig, dass wir mit den Bauern darüber reden und ihnen eine höhere Entschädigung geben. Wie wir gesehen haben, sind im Budget noch gewisse Beträge vorhanden, die für den Naturschutz vorgesehen waren. Es wäre schade, wenn es einmal einen Frühling geben würde, wo keine Hochstämmer in Allschwil blühen. Die CVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und ist für die Abschreibung des Postulats.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Werte Präsidentin, geschätzte Anwesende. Ich war dieses Jahr schon einmal hier und habe Propaganda gemacht über das Thema Biodiversität. Für mich ist es schwierig, ein Postulat abzuschreiben, wo so viele Sachen noch nicht umgesetzt wurden, gerade im Jahr 2010, das Jahr der Biodiversität. Sie werden verstehen, wenn ich dieses Postulat nicht abschreiben werden.

Kathrin Gürtler: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

- 1 Ausgangslage
- 2 Auftrag an das Büro Hintermann & Weber, Reinach
- 3 Ergebnisse der Erfolgskontrolle

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Ich orte in diesem Abschnitt einen gewissen Widerspruch zum nächsten Abschnitt. Es steht auf Seite 4, viertletzter Abschnitt, dass Beiträge für wertvolle Naturwiesen ausbezahlt wurden. Im vierten Abschnitt steht, dass gemäss Beitragsreglement dies nicht möglich ist. Was stimmt jetzt genau? Wird etwas bezahlt für Naturwiesen oder wird nichts bezahlt?

Gemeinderat Robert Vogt: Ich muss das abklären, ich weiss grad nicht genau, was das ist.

- 4 Schlussfolgerung
- 5 Verbesserungsansätze, neue Ziele
- 6 Antrag

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir sind mit der Beratung fertig, somit kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates.

 Der Bericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat zum Postulat Nummer 3649 betreffend Naturschutzkonzept von 1985 wird zur Kenntnis genommen.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt

2. Das Postulat Nummer 3649 wird als erfüllt abgeschrieben.

://:

Mit 16 Ja- zu 15 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird das Postulat abgeschrieben.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen jetzt zu den Traktanden 6 bis 9. Wird das Eintreten zu diesen Geschäften bestritten? – Nein, das ist nicht der Fall. Somit erhält Anton Lauber das Wort.

543 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Josua M. Studer vom 19.01.2009 betreffend Parteienberichte auf der Website der Gemeinde Allschwil Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3823 / A

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren. Alle Vorstösse, die wir jetzt diskutieren, sind in einer Zeit eingereicht worden, wo man sich berechtigte Sorgen um die Existenz des Allschwiler Wochenblatt gemacht hat. Man hat nach Alternativen gesucht und hat verschiedene Vorschläge uns unterbreitet, wie die politische Kommunikation sichergestellt werden soll in der Gemeinde Allschwil. Im Zentrum der Diskussionen stand immer die Sicherheit der politischen Kommunikation. Es ging auch darum, welchen Stellenwert bekommen die Parteien in unseren Publikationsorganen der Gemeinde Allschwil. Wir behandeln ietzt vier Vorstösse. Das eine sind die Parteienberichte auf der Website der Gemeinde Allschwil. ein

Postulat von Josua Studer. Die Sicherung der politischen Kommunikation im AWB ist ein wichtiges Postulat, das von sämtlichen einwohnerrätlichen Fraktionen eingereicht wurde. Wir haben einen Antrag auf amtliche Publikationen, Beschlussantrag, von Siro Imber. Wir haben nicht ganz herausgefunden, was ein Beschlussantrag ist. Wir geben heute keine formelle Antwort, sondern eine inhaltliche. Das Allschwiler Wochenblatt auf der Gemeinde-Homepage, eine Interpellation von Josua Studer: Die Ausgangslage ist zum Teil uralt und zum Teil wurde sie in den Jahren immer wieder überrollt. Ich fange mit dem ältesten Teil an und zwar den Reklamationen, die das Allschwiler Wochenblatt immer wieder hört. Wir kennen die Positionen über die etlichen Jahre und wir stellen fest, dass es immer wieder ähnliche Reklamationen sind. Es geht vor allem um Beiträge von Parteien und von Privatpersonen, insbesondere von Vereinen, die abgeändert werden. Das kommt nicht sehr gut an. Der Titel eines Vorstosses respektive eines Artikels wird abgeändert und zum Teil auch die Unterschriften unter einem Artikel. Die Forderung, mit einem Artikel in der Gesamtausgabe zu erscheinen, ist nicht immer möglich, denn in die Abo-Ausgabe muss auch etwas rein. Es gibt noch ein paar weitere sich stets wiederholende Bemerkungen. Wenn Herr Lehtinen da ist, dann ist es in der letzten Zeit ruhiger geworden, auf meinem E-Mail-Account sieht es jedenfalls besser aus. Wir hatten andere Themen, nämlich wie es mit dem Allschwiler Wochenblatt weitergeht. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Finanzfragen im Vordergrund standen beim Allschwiler Wochenblatt. Man hatte immer wieder Rückgänge bei den Einnahmen, insbesondere bei den Inseraten. Der Verwaltungsrat hat sich darüber schon immer Gedanken gemacht, wie es mit dem Allschwiler Wochenblatt weitergeht. Man hat schon viele Veränderungen vornehmen müssen, was dazu geführt hat, dass es immer schwieriger wurde, mit immer weniger Personal und Stellenprozenten die gleiche Leistung zu erbringen. Viele Unzufriedenheiten sind auf die knappen Ressourcen zurückzuführen, die vorhanden waren im Allschwiler Wochenblatt. Die Gemeinde Allschwil ist schon sehr früh, bevor sich der Einwohnerrat mit diesem Thema beschäftigt hat, involviert bei Diskussionen über andere Lösungen. Es waren interne Lösungen, was man anders machen könnte im Allschwiler Wochenblatt oder der Lokalzeitungen Verlags AG, wie es heute heisst. Will man auf die Gesamtausgaben verzichten, will man nur noch Gesamtausgaben machen, was soll man mit den Abos machen etc. Gleichzeitig haben wir externe Lösungen diskutiert. Wollen wir uns aus der Lokalzeitungen Verlags AG abkoppeln oder da weitermachen? In all diesen Gesprächen wurden wir überrascht von dem Verkauf der Basler Zeitung. Die Basler Zeitung ist Alleinaktionärin der Lokalzeitungen Verlags AG. Damit wussten wir, dass möglicherweise etwas Neues auf das Allschwiler Wochenblatt zukommt. Dies ist auch passiert, ein halbes Jahr später wurde bekannt gegeben, dass die Lokalzeitungen Verlags AG von der BAZ verkauft wurde und heute neu zum Reinhardt Verlag gehört. Das hat Auswirkungen auf folgende Gemeinden, dies zur Info: Allschwil, Birsfelden, Muttenz und Pratteln. Ein Thema ist Reinach, in Reinach gibt es keine Printmedien mehr. Ich komme darauf zurück, auch dort wurde der Web-Auftritt oder die Reinacherzeitung auf dem Web geschlossen. Diese vier Gemeinden sind heute nach wie vor dabei, zusammen mit dem Reinhardt Verlag. Die Bedenken, die wir früher hatten, betreffend Weiterexistenz müssen wir heute nicht mehr haben. Der Reinhardt Verlag hat sich spezialisiert auf kommunale Themen. Er sieht dort seinen Fokus und das sehen wir auch an der bisherigen Ausrichtung dieses Verlags. Er möchte die kommunalen Anliegen fördern. Wir hatten die erste Sitzung im Verwaltungsrat am 26. Mai 2010 und konnten dort die erste Stossrichtung diskutieren. Es soll eine Konsolidierungsphase geben bis Ende Jahr. Nach dieser Konsolidierungsphase schauen wir, welche neuen Massnahmen notwendig sind. Der bisherige bestehende Vertrag wird als solcher weitergeführt werden. Die ganze Frage der Sicherheit der politischen und behördlichen Kommunikation stellt sich nicht mehr. Ich gehe davon aus, dass wir heute von einer stabilen Situation sprechen können.

Die Bedeutung vom Allschwiler Wochenblatt stuft der Gemeinderat als sehr wichtig ein. Es ist unser öffentliches Publikationsorgan und geniesst einen hohen Stellenwert in Allschwil als Informationsträger. Auch wenn es hie und da Hiebe gibt, ist es doch das Info-Medium für jedermann und jederfrau in Allschwil. Der Gemeinderat geht auch davon aus, dass Qualität und insbesondere der redaktionelle Teil natürlich niemals durch Anschlagekästen oder ähnlich kompensiert werden können, sodass wie diese Planung nicht weiter verfolgt haben. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Gemeinde Allschwil in seiner Grösse und mit dem Selbstverständnis, in dem wir leben, ein Printmedium behalten soll.

Die Frage ist, ob es Ergänzungen oder mögliche weitere Forderungen gibt, die man mit dem Allschwiler Wochenblatt verbinden könnte. Ein Thema ist die Frage der online-Ausgabe des Allschwiler Wochenblatt. Der Gemeinderat geht nicht davon aus, dass dies eine adäquate Lösung ist. Es ist nicht das Ziel der Reinhardt Verlags AG, dass man das Allschwiler Wochenblatt online herausgibt. Als Begründung wird klar aufgeführt, dass der Verlag kein Interesse hat, weil die Reinacher Zeitung, die online war, geschlossen werden musste. Es war aus Kostengründen nicht machbar, nicht finanzierbar und nie rentabel. Wenn es darum geht, einen Web-Auftritt zu machen, dann sage ich grundsätzlich ja. Diese Idee können wir verfolgen. Es geht um einen PDF-Auftritt des Allschwiler Wochenblattes, den wir zur Verfügung stellen können. Dies könnte man verknüpfen mit der Homepage der Gemeinde Allschwil. Es ist grundsätzlich Sache der Herausgeberin, ob sie das Allschwiler Wochenblatt als PDF der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und zugänglich machen will. Wir haben von Herrn Herr erfahren, dass die Bereitschaft besteht, eine Aufschaltung vom Allschwiler Wochenblatt per PDF ins Auge zu fassen. Das hätte den Vorteil, dass die Abonnentinnen und Abonnenten des Allschwiler Wochenblattes dies schon am Donnerstag per PDF anschauen können – also ein Informationsvorsprung – und zum anderen käme eine Archivfunktion dazu. Man hätte auf Jahre zurück eine Suchfunktion, wo man in den PDF-Files des

Allschwiler Wochenblattes Unterlagen sammeln könnte. Damit wäre es möglich, dass wir von der Gemeinde Allschwil einen Link machen auf die kommende Internetseite, wo das Allschwiler Wochenblatt drauf ist. Wir möchten aber eine klare Trennung des redaktionellen und behördlichen Teil. Wir sehen die Allschwiler Homepage als Teil und Informationsorgan der Behörde. Der mediale redaktionelle Teil soll im Allschwiler Wochenblatt bleiben. Ein Link aber macht Sinn.

Die ganze Kritik, insbesondere die Bearbeitung von Parteibeiträgen, wann kommt welcher Beitrag und wann nicht, diese Themen haben wir bei der Reinhardt Verlags AG deponiert. Da wird jetzt eine Auslegeordnung gemacht bis Ende Jahr. Es soll eine gewisse Beruhigung reinkommen und anfangs nächstes Jahr sollen, wenn notwendig, konkrete Massnahmen getroffen werden. das ist eine umfassende Aussage, die wir Ihnen zu all diesen Vorstössen machen können. Ich bitte Sie, den Anträge des Gemeinderates auf Seite 6 zuzustimmen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gemäss Paragraph 47 Absatz 1 Ziffer 1 Gemeindegesetz hat die Gemeindeversammlung die es in 81 von 86 Gemeinden des Kantons gibt, die Befugnis zum Erlass von Gemeindereglementen. Gemäss Paragraph 115 Absatz 1 Gemeindegesetz hat der Einwohnerrat alle Befugnisse der Gemeindeversammlung. Darum haben wir in Paragraph 37 vom Geschäftsreglement des Einwohnerrates diesen Beschlussantrag. In anderen Parlamenten heisst es parlamentarische Initiative, wenn man damit direkt einen Erlass ändern kann. Jetzt müsste man gemäss Paragraph 75 des Geschäftsreglements auch zwei Lesungen machen für diesen Beschlussantrag. Nicht ob der Richtigkeit, sondern ob der Dringlichkeit, die sich hier nicht mehr ergibt und um eine gewisse Effizienz in diesem Ratsbetrieb zu ermöglichen, ziehen wir den Beschlussantrag zurück und halten ihn pendent je nach Entwicklung.

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, eigentlich habe ich erwartet, dass ich als Erster das Wort erhalte. Ich bin dreifacher Postulant bei diesem Traktandum, deswegen wäre das Wort eigentlich bei mir gewesen, aber danke trotzdem. Ich möchte die drei Sachen zusammenziehen. Es ist unüblich, dass man es in einem Traktandum macht, aber es macht Sinn. Es ist speditiver und es braucht weniger Papier. Es braucht nur einmal die Anträge. Gesamthaft möchte ich mich bedanken für die gute Arbeit, die die Gemeinde gemacht hat, die ausführliche Beantwortung, und auch bei den weiteren Geschäften, die heute Abend traktandiert sind. Ich bin sehr glücklich über die Arbeit, die bei der Gemeindeverwaltung gemacht wurde. Sie leuchtet beide Seiten gut aus und macht eine gute Berichterstattung. Der Massstab für die Wählerschaft sind unsere Publikationen, die wir Politiker machen können. Das war meine Sorge, weil wir nicht wussten, wie das weitergeht mit dem Allschwiler Wochenblatt. Es war ein hin und her, wir haben ein Treffen gemacht mit der Basler Zeitung. Da haben alle Parteien teilgenommen. Daraus heraus wurde ein Vorstoss kreiert, wo alle unterschrieben haben ausser die FDP. Der Gemeindepräsident hat gesagt, dass alle mitgemacht haben. Die FDP hat sich gewehrt. weil sie Angst hatten, dass es teuer wird. Es war nur eine Abklärung und diese hat jetzt gezeigt, was es bringt. Die Gespräche, die der Gemeinderat geführt hat, haben beim Reinhardt Verlag einiges bewirkt. Der Reinhardt Verlag ist gewarnt vor uns Politiker. Wir konnten Druck machen und haben Forderungen gestellt, dass das Allschwiler Wochenblatt auf der Website der Gemeinde sein soll etc. Wir möchten das und wir legen Wert darauf. Dass die Parteienberichte auf der Website der Gemeinde sind, ist hinfällig, wenn der Reinhardt Verlag diese Zeitung als PDF ins Netz stellt, die man verlinken kann. Ich finde, es war wichtig, dass wir dies gemacht haben. Der Gemeindepräsident Anton Lauber hat unsere Sorgen weitergetragen und hat diese manifestiert. Sie wurden gehört, sie sind gewarnt und sie werden das Beste daraus machen. Die Schlussfolgerung ist, dass die Sorge berechtigt ist und dass sich unsere Arbeit gelohnt hat.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion teilt die Erwägung des Gemeinderates, dass kurzfristig keine grundsätzliche Veränderungen in der Kommunikation und in den Publikationsstrukturen erforderlich sind. Eine Änderung vom Verwaltungs- und Organisationsreglement ist momentan nicht nötig.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Es hat sich erübrigt, weil Siro Imber hat seinen Beschlussantrag zurückgezogen. Ich wusste nicht, dass ein Beschlussantrag in der Gemeinde ist, ich habe das noch nie gehört.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Ganz kurz: Wir sind froh, um die Lösungen, die der Gemeinderat gefunden hat, um den Bericht, der vorliegt, und für die Worte von Anton Lauber. Der Gemeinderat hört gut zu. Merci beaucoup, wir stehen hinter euch.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Frau Präsidentin, sehr geehrte Ratsmitglieder. Die CVP-Fraktion nimmt mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis, dass das Allschwiler Wochenblatt zumindest in naher Zukunft wieder

sichergestellt ist. Wir beantragen auch, dass den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt wird. Ich persönlich bin nicht ganz unglücklich darüber, dass der Beschlussantrag zurückgezogen wurde, denn auch ich hatte Probleme herauszufinden, was das ist.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Inhalt

- 1 Ausgangslage
- 2 Antwort des Gemeinderates
- 3 Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Beratung ist abgeschlossen, wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

1. Das Postulat Nummer 3823 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das ist einstimmig abgeschrieben.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich weiss nicht, wie viele wir hier drinnen sind, aber sicher mehr als 31. Wenn es immer 15 : 16 steht, dann zählt jemand nicht alle. Vielleicht müssen Sie schauen, wer was zählt. Es war vorhin schon so und wir sind sicher mehr als 31.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir zählen aus und schauen, ob es stimmt. Wer dem ersten Antrag zustimmen kann, soll nochmals die Karte erheben. – Es ist einstimmig, und da ein Mitglied im Moment draussen ist, stimmt es mit den Anwesenden überein. Anwesend sind 34 und 33 haben gestimmt.

544 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates von 18.08.2010 zum Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion und Josua M. Studer, vom 15.02.2009 betreffend Sicherung der politischen Kommunikation im Allschwiler-Wochenblatt Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3834 / A

Kathin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zum nächsten Antrag:

Das Postulat Nummer 3834 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Wird einstimmig abgeschrieben.

545 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Beschlussantrag von Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion, vom 21.10.2009

betreffend Amtliche Publikationen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3902

[Antrag zurückgezogen]

546 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Interpellation von Josua M. Studer vom 10.02.2010 betreffend Allschwiler-Wochenblatt auf der Gemeinde-Website Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3925 / A

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, zwei Hinweise. Die Geschäfte, die wir jetzt behandelt haben, müssen wir nicht auszählen. Es reicht, wenn es grossmehrheitlich heisst. Idealerweise geben Sie das Kommando den Stimmenzählern: Bitte auszählen. Dann wissen sie, dass sie zählen müssen. Antrag 4 ist hinfällig, es ist eine Interpellation. Diese muss man nicht abschreiben, sie ist erledigt durch eine Beantwortung.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Gemeinderat hat diesen Antrag gestellt. Wir können es schnell erledigen, wenn wir die Interpellation 3925 als erledigt abschreiben.

://:

Dem wird grossmehrheitlich zugestimmt.

547 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Josua M. Studer vom 19.01.2009 betreffend TV-Auftritt der Gemeinde Allschwil Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3824 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? – Nein, das ist nicht der Fall, dann gebe ich das Wort Dr. Anton Lauber.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren. Ich bedanke mich zuerst für das Dankeschön, die, die dem Gemeinderat Danke gesagt haben. Das hat mich sehr gefreut. Zum TV-Auftritt. Josua Studer hatte die Idee, wir könnten uns in der Gemeinde einen TV-Auftrit leisten. Das wäre eine Lösung, wie man das aus Reinach kennt. In der BAZ konnten wir das lesen. Der eine oder andere hat sicher einmal gezappt auf dem Internet und geschaut, wie das aussieht. Ähnliche Lösungen haben Aesch, Arlesheim und Therwil. Der Gemeinderat Allschwil hat sich trotz intensiven Diskussionen nicht für ein Gemeinde-TV erwärmen können. Dahinter stand folgende Grundüberlegung: Für uns ist das Fernsehen ein Medium, das einen redaktionellen Mehrwert schafft. Es werden nicht einfach Themen kommuniziert oder Blätter abgelesen, sondern es gibt einen journalistischen Mehrwert, indem man sich kritisch und schöpferisch mit einer Thematik auseinandersetzt. Wenn es darum geht, dass der Gemeindepräsident den Geschäftsbericht des Jahres 2009 per Videoclip liest und man dies auf dem Internet anschauen kann, dann fehlt genau dieser journalistische Mehrwert. Es gibt keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema, er wird einfach nur gelesen. Das war unsere Frage, ob sich aus diesem Aspekt ein jährlicher Aufwand von circa CHF 35'000 lohnt. Wir haben uns auch gefragt, ob wir aktuell sind. Wir reden vom Zweiwochen-Rhythmus, wo diese Clips aufgeschalten werden müssen. Wir meinen, dass wir der behördlichen Informationspflicht, ich rede ausdrücklich von der Informationspflicht, sehr gut nachkommen. Wir haben eine neue Homepage, wo wir täglich die neusten Berichte aufschalten. Im News-Teil können alle aktuellen Geschehnisse in der Gemeinde und der Region

nachgelesen werden. Wir haben das Allschwiler Wochenblatt, das wöchentlich erscheint für die Abonnenten und Abonnentinnen. Wir lassen auch regelmässig Medieninformationen raus. Der Gemeinderat macht sehr viel, um aktuell informieren zu können. Zur Unterscheidung eines Mediums, das einen redaktionellen Mehrwert schaffen möchte, gehe ich davon aus, dass es grundsätzlich die Aufgabe des Gemeinderates ist, objektiv zu informieren, und weniger im Sinne, wie es das Fernsehen impliziert, nämlich redaktionelle Arbeiten zu leisten. Das hat dazu geführt, dass wir auf einen TV-Auftritt auf der Homepage der Gemeinde Allschwil verzichten können. Ich gehe davon aus, dass der TV-Auftritt vielleicht im Hinterkopf noch den Gedanken hatte, was mit der Zukunft des AWB ist. Nun wissen wir, dass die Zukunft gesichert ist und wir können sagen, dass aus diesem Argument sich ein TV-Auftritt auf der Homepage für die Gemeinde Allschwil in Form eines Internet-Clips nicht aufdrängt. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, werte Anwesende. Das Postulat war ein Teil der Erhaltungsstrategie unserer politischen Kommunikation. Ich habe es im März 2009 eingereicht. Damals hatte die Gemeinde Allschwil noch keine so informative Website wie heute. Mit dem Fortbestand des Allschwiler Wochenblatt ist ein Fernsehauftritt nicht zwingend. Wenn, dann kann man das immer noch irgendwann begrüssen, wenn es privater Natur kommt, vielleicht von Telebasel. Diese hatten bereits Ideen in diese Richtung, Stammtischaufnahmen in den einzelnen Gemeinden zu machen. Sie gehen in eine Beiz und führen Gespräche mit der Bevölkerung. Das überlassen wir jetzt denen, weil der Reinhardt Verlag uns viele Versprechen gemacht hat. Der Gemeinderat hat einen Menschenhandel aufgedeckt. Auf Seite 3 steht, dass die Lokalzeitungen Verlags AG mit sämtlichen Mitarbeitenden verkauft wurde. Ich habe das Gefühl, dass die Mitarbeiter freiwillig gewechselt haben. Ich bin auch für die Abschreibung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Das Fernsehen erfreut sich immer sehr grosser Beliebtheit. Wir von der CVP-Fraktion sind der Meinung, dass das Fernsehprogramm, das hier in Frage käme, nicht so spannend ist, um grosse Einschaltquoten zu erreichen. Darum sind wir auch für die Abschreibung.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir sind genug im Bild. Es gibt Leute, die würden sich gerne gebildet geben. Wir möchten aber nicht unbedingt diese Leute auch noch abgebildet sehen. Das Thema Kosten: Heute habe ich etwas zu Umwelt und Soziales gehört. Was das bringen soll, weiss ich nicht. Kostenfaktor ist Nummer 1, und alle Bilder anschauen ist Nummer 2. Doppel-Nein.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur abschnittsweisen Beratung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

Inhalt

- 1 Ausgangslage
- 2 Antwort des Gemeinderates

3 Antrag

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Beratung ist abgeschlossen, wir kommen zur Abstimmung über die Anträge.

1. Das Postulat Nummer 3824 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dem wird einstimmig zugestimmt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen jetzt zur Pause bis zwanzig vor. Eine kleine Information: Für die Fragestunde nach der Pause liegen die Fragen hinten auf.

- PAUSE -

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir fahren weiter mit der Sitzung, wir werden voraussichtlich ein bisschen früher Schluss machen, damit die, die Interesse haben, den FCB-Match schauen können. Wir kommen zum Info-Fenster, ich gebe das Wort Gemeinderat Christoph Morat. Er macht Ausführungen zum Traktandum 12.

INFO-FENSTER

Gemeinderat Christoph Morat: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Ich möchte Sie kurz darüber informieren, wie weit wir sind mit der Beantwortung des Postulats betreffend Installation von einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil. Grundsätzlich gibt es dort zwei Hauptabnehmer für die Nutzung der Sonnenenergie im Schulzentrum, die in Frage kommen. Das ist einerseits das Brauchwasser erwärmen und andererseits das Schwimmbadwasser nachwärmen. Das würde wie ein Puffer benutzt werden für die überschüssige Wärme, denn die Sonne kann man nicht abschalten, wenn sie scheint. Eine realistische Angabe zu den notwendigen Investitionskosten können wir heute aufgrund der fehlenden Wasserverbrauchsangaben leider nicht machen. Wir sind aber bereit, dem Ansinnen des Postulanten mit ergänzenden Abklärungen nachzukommen. Deswegen haben wir im Budget 2011 CHF 5'000 eingestellt, damit wir die zwingend erforderlichen Messungen des Brauchwarmwasserbedarfs machen können. Auf den effektiven Verbrauchswerten können wir anschliessend im ersten Halbjahr 2011 eine verbindliche Kostenschätzung durch die Firma, die wir beauftragt haben, Waldhauser Haustechnik AG, ausschaffen lassen. Je nach Ergebnis können wir die sich herauskristallisierende Kosten/Nutzen-Analyse machen. Dann wird sich schnell zeigen, ob das Vorhaben, die Nutzung der Sonnenenergie im Schulzentrum, rentabel ist, ob man es weiter verfolgen soll, oder ob es als kostspielige Angelegenheit leider zu den Akten gelegt werden muss. Dies sind meine Ausführungen zum Stand von diesem Geschäft, alles weitere sehen Sie im Budget 2011.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich gebe das Wort Gemeinderat Julier, er hat auch etwas zum Info-Fenster.

Gemeinderat Arnold Julier: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren. Ich habe nur eine Information, die Sie vielleicht schon wissen. Wie Sie alle wissen, hat am 18. August die Glückskette den nationalen Sammeltag zugunsten der Opfer der Überschwemmung in Pakistan und den angrenzenden Gebieten organisiert. Der Gemeinderat hat beschlossen und CHF 10'000 der Glückskette gespendet.

FRAGESTUNDE

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Fragestunde. Zuerst zur Frage zu Denkmalschutz und Gebäudesanierungen, die gestellt wurde von Julia Gosteli von der Grünen Fraktion. Herr Morat.

Gemeinderat Christoph Morat: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Frau Gosteli stellt die Frage: Gibt es Gebiete in Allschwil, bei denen es zwischen Denkmalschutz und energetischen Gebäudesanierungen zu diffisilen Entscheidungen kommt? Ja, das gibt es in Allschwil. Wir müssen unterscheiden von zwei Arten von Gebäudesanierungen. Es gibt die Energieerzeugung oder es gibt die Hüllensanierung. Es gibt drei Gebiete in Allschwil mit Schutzcharakter. Das wäre einmal der Dorfkern. Wir sind das einzige Dorf in der Schweiz mit einem Sundgauer Dorfkern, das hat nationale Bedeutung. Dann gibt es den Bohrerhof und den Lindenplatz. Zur Sanierung der Hülle: Es ist tatsächlich schwierig ein Riegelhaus oder Häuser aus dem vorletzten oder letzten Jahrhundert zu dämmen. Ich kann dazu nur Stichworte sagen: Aufdoppelungen, Dachverstärkungen und der Riegelbau sind sehr schwierig unter einen Hut zu bringen mit einer vernünftigen Dämmung und einem vernünftigen Kostenrahmen. Bei der Energieerzeugung ist es so, dass wir in Allschwil einen Grundflächenanteil der Kernzonen von nationaler Bedeutung haben. Das sind ungefähr 14 Hektaren oder 1,57%. Bei der Ortsschutzzone Bohrerhof und Lindenplatz, die eine lokale Bedeutung haben, sind es 6 Hektaren oder 0,7% der Gesamtfläche, die 889 Hektaren beträgt. Die massgebenden Dachflächenanteile zu eruieren, kann man höchstens vom Landrat in einer Vorlage ermitteln, das Potential von rund 4,2%, das von lokaler Bedeutung etwa 1,9%. Diese geringen Flächenanteile haben keinen grossen Energieeinsparungsfaktor. Das muss man in einer Abwägung zwischen Denkmalschutz und Energiegewinnung berücksichtigen. Mit einer vordergründigen

Förderung von alternativen Energien sowie der Einsparung von fossilen Energieträgern werden unter Umständen historisch gewachsene Strukturen zerstört, was letztlich zu einer Verarmung des Landschaftsbildes des Kantons Baselland oder in Allschwil führen kann. Die kommunalen Bemühungen für den Erhalt von historischen Gebäuden oder Quartieren und bewährte und in der Bevölkerung abgestützte Reglemente werden unter Umständen ausser Kraft gesetzt. Grundsätzlich wird die Solarenergie vom Gemeinderat unterstützt, aber nicht unter jeder Preisvorgabe vor intakten Quartierbildern oder Dorfbildern.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur zweiten Frage, Sicherheitsleute, auch gestellt von Julia Gosteli von der Grünen Fraktion.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren. Die Sicherheitsfrage kann ich im Rahmen der Bauarbeiten, die am Grabenringkreisel stattfinden, beantworten. Die Bauleitung hat uns informiert, dass bereits heute sehr viel für die Sicherheit aufgewendet wird. Es sind bis heute 250 Stunden für das Sicherheitspersonal aufgewendet worden, davon rund ein Drittel, also 75 Stunden, für die Schulwegsicherung. Das wurde bereits gemacht. In der Phase, die jetzt kommt, Tramsperrung, werden es nochmals zusätzlich 1'600 Stunden werden für die Verkehrssicherung, davon ebenfalls wieder 120 Stunden allein für die Sicherung des Schulweges. In der Phase 5, das ist gegen Schluss, haben wir eine Totalsperrung zu erwarten. Auch dort werden wir nochmals 300 Stunden Sicherheitspersonal auf der Baustelle haben. Damit kann man gut dokumentieren, dass alle heiklen Phasen durch Sicherheitspersonal abgedeckt werden.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich möchte eine Anschlussfrage stellen zum Sicherheitspersonal. Ich quere jeden Tag die Baslerstrasse an dieser Stelle. Ich habe dort noch nie jemanden da stehen gesehen. Wo ist dieses Personal und wann ist es dort?

Gemeinderat Robert Vogt: Ich kann hier meine eigenen Erfahrungen erzählen. Wenn ich mit dem Velo dort durchfahre, habe ich schon Sicherheitspersonal gesehen. Vermutlich ist es zu bestimmten Zeiten dort, morgens um 08.00 Uhr und zu Schulschluss gegen 12.00 Uhr. Mit Sicherheit kann ich es leider nicht sagen, weil ich diese Informationen nicht erhalten habe.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Ich habe noch eine Zusatzfrage zum Denkmalschutz, das sei mir als Leidgeplagter erlaubt. Ist der Gemeinderat bereit, eine Revision des kantonalen Denkmal- und Heimatschutzgesetzes im Sinne der Anliegen der Grünen zu unterstützen?

Gemeinderat Christoph Morat: Selbstverständlich ist eine Anfrage der kantonalen Direktion über die Sanierung des Paragraphen 104, Raumplanungs- und Baugesetz, auch bei der Gemeinde Allschwil eingegangen. Wir haben uns in dem Sinne, wie ich die Frage beantwortet habe, in der Vernehmlassung geäussert.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu einer Frage, die sich um die Poststellen dreht, gestellt von Julia Gosteli von der Grünen Fraktion.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren. Sie haben den Medien entnehmen können – ich bin dankbar, dass die Medienmitteilung aufgenommen wurde -, dass sich der Gemeinderat Allschwil nach Diskussion im Einwohnerrat und aufgrund von Leserbriefen im Allschwiler Wochenblatt und letztendlich auch aufgrund der Diskussionen im Gemeinderat unter Berücksichtigung des Wunsches der Interpellantinnen und Interpellanten gegenüber der Post einsetzt für den Erhalt der Poststelle 2 und für eine Agentur am Lindenplatz. Wir haben entsprechend postschriftlich orientiert darüber. Das ist vor Kurzem erst passiert, darum haben wir noch keine Antwort von der Post erhalten. Der Gemeinderat ist dezidiert der Meinung, dass wir an dieser Forderung festhalten werden. Wir haben das so kommuniziert, dass wir uns bevölkerungsmässig durchaus mit anderen Städten vergleichen dürfen, Aargau, Baden etc. Mindestens von der Einwohnerzahl her dürfen wir erwarten, dass diese Poststellen in Zukunft wieder mehr frequentiert werden. auch wenn wir schauen, was im Ziegeleiareal gebaut wird und noch andere Baustellen möglich sind. Als attraktiver Wohnort brauchen wir auch eine attraktive Postversorgung. Wenn ich noch ins Detail gehe der Frage, dann muss ich sagen, dass zum jetzigen Zeitpunkt für den Gemeinderat nur zur Diskussion steht, ob die Poststelle 2 erhalten wird und eine Agentur am Lindenplatz.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Wir möchten uns beim Gemeinderat bedanken für die Beantwortung dieser Fragen.

Kathin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Fragen aus dem Rat? - Herr Studer

Josua Studer, parteilos: Danke Frau Präsidentin, dass ich eine Frage stellen darf. Ich habe eine Frage, was die Plakatierung der nächsten Abstimmungen anbelangt. Wir haben diverse Plakate hängen, unter anderem ist eines darunter, das Harmos empfiehlt. Ich möchte jetzt nichts über Harmos hören, sondern ich möchte hören, wer der Verursacher dieses Plakats ist. Es steht keine www-Adresse, keine Postscheck-Kontonummer, keine Adresse, kein Name und nichts drauf. Ich erinnere Sie daran, dass bei der Minarett-Verbotsabstimmung die SVP eigenhändig die Plakate bezeichnen musste, damit man wusste, von wem sie sind, obwohl die Medien tage- und wochenlang darüber geschrieben haben, woher diese Plakate kommen. Wieso gibt es keine Gleichbehandlung bei anderen Gruppierungen, wenn es die SVP nicht betrifft?

Gemeinderat Thomas Pfaff: Josua Studer, ich danke Ihnen für den Hinweis. Wir gehen dem gerne nach. Ich bedaure es, dass wir dies nicht bereits mitgeteilt erhalten haben, als es festgestellt wurde. Ein E-Mail hätte gereicht, und die Verwaltung hätte sich sofort darum gekümmert, um den Missstand zu beheben. Es ist kein Thema der Fragestunde, sondern man muss dies sagen, dass hier etwas falsch läuft. Die Verwaltung hat dann die Chance, dies sofort zu veranlassen, dass diese Partei, die das Plakat aufgehängt hat und die Bestimmung nicht beachtet hat, dies umgehend nachholt mit einer nachträglichen Kennzeichnung. Wir werden uns jetzt sofort darum kümmern. Ich bitte darum, das nächste Mal ein kurzes E-Mail zu machen, dann ist es innert Tage erledigt.

Josua Studer, parteilos: Danke, ich erkläre gern, wieso ich kein E-Mail gemacht habe, ich bin sonst ein Fan von E-Mail. So hat es viel mehr Wirkung. Immer wird die SVP dazu verdammt. Ich gehöre jetzt denen nicht mehr an, bin aber immer noch Sympathisant, ich trage ihre Meinung mit und unterstütze sie weiterhin. Es liegt an den Personen, weshalb ich nicht mehr dabei bin. Es ist offensichtlich und man muss es auch öffentlich machen, wenn es nicht fair läuft.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, besten Dank, dass ich auch eine Frage stellen darf. Gestern habe ich in der BaZ lesen können, Oppenheim, geplant in Allschwil: Die Beziehungen zwischen dem Immobilienentwickler Losinger und dem amerikanischen Architekten Chad Oppenheim wird bei der Entwicklung des Allschwiler Ziegeleiareals eine entscheidende Rolle spielen, zunächst nur als Masterplaner.

Wie weit ist der Gemeinderat da im Boot und hat er davon konkret Kenntnis?

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Aufmerksamer Zeitungsleser! Es ist schon lange bekannt im Gemeinderat, dass bezüglich Eigentumsverhältnisse und Entwicklungsstrategie im Ziegeleiareal ein paar Gedanken gemacht werden. Die Firma Losinger baut beim Ziegeleiareal und hat natürlich einen Blick ins Tal hinunter gemacht. Im Gemeinderat wurden wir darauf angesprochen von der Firma Losinger. Das war eine unverbindliche Anfrage, was realisierbar wäre. Wir reden da vom Quartierplan. Ich höre den Ausdruck nicht gern "sitzt der Gemeinderat mit im Boot". Wir sitzen nie mit im Boot. Wir arbeiten mit, weil es unsere Pflicht ist, über den Quartierplan. Im Rahmen des Quartierplanverfahrens arbeitet der Gemeinderat mit und in diesem Rahmen können wir unsere Inputs geben betreffend Ausgestaltung dieses Vorhabens. Sicher ist, dass wir nicht nur angefragt werden, was man über den Quartierplan realisieren kann oder nicht, sondern wir werden auch angefragt, wie wir die Chancen sehen für einzelne Vorhaben, die dort realisiert werden sollen, ob es der Gemeinderat unterstützen kann oder nicht. Ich möchte nicht ins Detail gehen, man kann sich vorstellen, welche Themen das sind. Da geht es nur um ein Abwägen von solchen Ideen. Grundsätzlich ist es der Grundeigentümer, der entscheiden kann, was er realisieren möchte. Am Schluss entscheidet der Einwohnerrat mit dem Quartierplan, dem Quartierplanreglement, oder, wenn es zu einem Referendum kommt, das Volk. Das weiss natürlich ein Unternehmer, ein Investor oder ein Grundeigentümer. Darum wird einerseits vom Verfahren her Rücksprache genommen mit der Gemeinde, aber auch um politische Varianten auszuloten, was welche Chancen hat. Das ist das Thema, das ich so erörtern kann zu diesem Aspekt Ziegeleiareal.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Fragen. Wir fahren weiter mit unserer Traktandenliste.

548 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend Tonaufnahme der Einwohnerratssitzungen als Podcast Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3890 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? – Nein, das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort Gemeindepräsident Anton Lauber.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, geschätzter Josua Studer, ein weiterer Vorstoss von dir. Sehr interessant, Dankeschön. Als erstes kam mir zu Podcast in den Sinn, dass wir ab und zu froh wären, wenn man nicht alles nachhören könnte, was wir gesagt haben. Nichts desto trotz, wir haben uns mit dieser Motion ernsthaft auseinandergesetzt. Zuerst geht es darum festzustellen, was der Motionär möchte. Wenn man den Text genau liest, dann merkt man, dass er am schriftlichen Wortprotokoll festhalten möchte und dass er davon ausgeht, dass wir die heutigen Tonbandaufnahmen, die wir bereits haben, aufs Internet aufschalten könnten, damit man die Sitzung anhören kann. Das wäre sicher amüsant für manchen Zuhörer, ist aber aus Sicht des Gemeinderates nicht zwingend erforderlich. Wir gehen davon aus, dass kein spezieller Mehrwert geschaffen wird, wenn die ganze Thematik während drei Stunden auf dem Internet angehört werden muss. Es gibt aber, und das war für uns viel interessanter, moderne Tonprotokolle, die ganz anders funktionieren. Das ist eine Software, wo eine Traktandenliste aufgeschaltet ist und wo man aufgrund der Traktandenliste zu einzelnen Wortmeldungen springen kann und konkret nur diese einzelne Wortmeldung so abhören kann. Es gibt Gemeinden, die das haben, ich habe das selber schon gesehen und gehört, zum Beispiel bei der Gemeinde Birsfelden. Wenn man dort etwas aus der Gemeindeversammlung Birsfelden möchte, dann bekommt man eine CD zugestellt und kann das Votum auf der CD abhören. Das funktioniert aufgrund dieser Software. Wir haben im Arbeitspapier dargestellt, was die Konsequenzen wären eines Tonprotokolls. Das Tonprotokoll bedeutet, dass man es auf dem Internet abhören und auch beziehen kann. Es macht aus unserer Sicht aber nur dann Sinn, wenn wir auf das Wortprotokoll verzichten und damit eine Kostenersparnis verbinden können. Ansonsten ist es parallel aus unserer Sicht keine ausserordentliche erfreuliche Thematik. Wenn man ein solches Tonprotokoll anhören will, dann kann man nicht mehr, wie Jean-Jacques Winter heute Abend, Akten aus 1983 im Saal zeigen, sondern man muss dann zuerst aufs Internet gehen, den Teil, den man zitieren möchte, anhören, selber abtippen und dann in Papierformat in den Einwohnerrat bringen und daraus zitieren. Wenn wir nur noch Beschlussprotokolle haben plus das Tonprotokoll, dann haben wir die Vorlage nur noch in Form von Ton und müsste sie selber aufs Papier bringen. Heute haben wir nicht nur ein Beschlussprotokoll, wie es mit dem Tonprotokoll wäre, sondern auch ein Wortprotokoll, wo man die einzelnen Wortmeldungen schriftlich nachlesen kann. Wir wissen, das Protokoll kostet rund CHF 1'400 pro Ausgabe. Das ist aus unserer Sicht sehr brauchbar. Wir haben auch festgestellt, wenn wir nur noch ein Tonprotokoll hätten, dass wir eine CD-Ausgabe machen müssten oder allen Leuten einen Internetzugang gewähren. Das ist natürlich nicht möglich und hat Nachteile. Ein anderer Aspekt war, dass wir den Show-Effekt nicht brauchen, dass man sagen kann: "Heute habe ich wieder einmal zugeschlagen, hör dir mal Position 17, Absatz c an" und dann vielleicht einzelne Sequenzen auf YouTube heruntergeladen werden können. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir an der heutigen Situation der Wortprotokolle festhalten möchten und auf Doppelspurigkeiten, Wort- und Tonprotokolle, verzichten sollten.

Josua Studer, parteilos: Danke für die Ausführungen. Frau Präsidentin, liebe Anwesende. Ein gleichlautender Vorstoss habe ich im Landrat eingereicht. Die Grundidee war, dass ich einen Spitalaufenthalt hatte und die Landratssitzung nicht live mitverfolgen konnte. Im Landrat kann man, während der Landrat tagt, dies übers Internet live hören, danach leider nicht mehr. Wenn es vorbei ist, ist es vorbei. So bin ich auf diese Idee gekommen. Erfreulicherweise wird das Büro des Landrates die Überweisung empfehlen, es wird nächstens im Landrat traktandiert. Der Gemeinderat hat ausführlich im Papier geschrieben, was möglich wäre und sagt, dass ich nicht auf das Wortprotokoll verzichten möchte. Grundsätzlich richtig ist, dass ich bei den langwierigen Auseinandersetzungen bei der Überarbeitung des Einwohnerratsreglements darauf hingewiesen habe, dass wir ein Wortprotokoll haben, obwohl das Reglement dies nicht vorsieht. Das sieht nur vor, dass wir das Wichtigste festhalten. Das würde bedeutend günstiger werden als die CHF 1'400. Der Rat wollte die vielen Blätter damals haben. Diese werden nicht einfach ausgedruckt und allen zugestellt, der Einzelne muss dies ausdrucken oder

er bestellt es gegen ein Entgeld bei der Gemeinde. Damit man Zitate machen kann, darf man von einem Politiker erwarten, dass er in die Tiefe geht und die Sachen herauskopiert und sich damit auseinandersetzt. Er muss nicht mit vielen Blättern kommen, sondern es reichen einzelne Passagen. Wenn wir die Möglichkeiten dieses modernen Programms hätten, dann kann man auch nur einzelne Sachen herausnehmen. Der Show-Effekt wurde angesprochen, das ist nicht Sinn und Zweck davon. Wenn man das etwas belichten würde, dann käme es dem einen oder anderen Einwohnerrat gar nicht so schlecht an, wenn er ein bisschen Show macht, sich äussert und nicht nur dasitzt oder mit Abwesenheit glänzt. Der Gemeinderat umschreibt sehr schön die Kosten, die Anschaffung und Schulung würden bereits ein Jahr Wortprotokoll ersetzen. Wenn wir dann das Programm haben, dann würden auch nicht CHF 1'400 entstehen, wenn man dies auf Papierform braucht. Es wird viel günstiger. Deshalb wäre es auch aus dieser Sicht empfehlenswert. Der Gemeinderat sagt, dass die Einsparungen ins Gewicht fallen. Wieso soll man denn keine Einsparungen machen? Es wäre modern und sinnvoll, schreibt der Gemeinderat. Ich bin etwas überrascht, wenn er es am Schluss nicht will. Es kann nicht sein, nur weil gewisse Leute einen eigenen Ausdruck machen müssen, damit sie Blätter in die Luft heben können, dass man deswegen nicht etwas Sinnvolles und Praktisches einführt. Ich bitte Sie, diesem Postulat zuzustimmen und zu schauen, dass wir einen Podcast erhalten.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Zum Klarstellen. Ausgangslage 1, Antrag: Die Tonaufnahmen der Einwohnerratssitzungen - das sind die Tonaufnahmen, die wir heute bereits machen, das ist kein Tonprotokoll - sind als Podcast auf die Internetseite der Gemeinde Allschwil aufzuschalten. Das ist der Vorstoss von Josua Studer. Alles andere, worüber sich der Gemeinderat Gedanken gemacht hat, ist in freier Wildbahn entstanden, um Möglichkeiten aufzuzeigen, was man mit einem Tonprotokoll machen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Motion in eine ganz andere Richtung geht. Die Motion sagt klar, dass wir ein Wortprotokoll führen sollen, es steht nichts, dass dies weg soll, und die jetzigen Tonaufnahmen sollen auf der Website aufgeschalten werden. Wir haben aus dieser Ausgangslage heraus probiert, andere Varianten aufzuzeigen. Wir sind am Schluss zur Lösung gekommen, dass die heutige Lösung eine gute Lösung ist.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Ich finde es sehr speziell, dass es in Form einer Motion erfolgt ist. Eigentlich wäre das ein Verfahrenspostulat. Das Büro hätte dies überprüfen sollen und uns berichten. Es wäre ein Verfahrenspostulat, das ans Büro gegangen wäre und das Büro hätte uns berichten sollen. Ich finde es eine gute Arbeit und ich fände es gut, wenn man dies so einführen könnte. Wie es der Gemeindepräsident ausgeführt hat, hat der Gemeinderat hat seine Schuldigkeit getan. Das weitere Verfahren müsste in einem Verfahrenspostulat erfolgen und wir müssten die Geschäftsordnung entsprechend ändern.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Ratsmitglieder. Die CVP-Fraktion teilt die Meinung des Gemeinderates, dass es wenig Sinn macht sowohl ein Papierprotokoll als auch ein Tonprotokoll in Form eines Podcast im Internet aufzuschalten. Wir sind der Meinung, dass die Voten im Einwohnerrat gebraucht werden. Es ist eine historische Auslegung von Gesetzen. Dafür braucht es unserer Meinung nach ein Papierprotokoll, weil man besser zitieren kann. Das ist bei einem Tonprotokoll fast nicht möglich. Wir schliessen uns den Anträgen des Gemeinderates an.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Anton Lauber, eine kleine Zwischenfrage: Ich wüsste gerne, wo der Gemeinderat sich auf der freien Wildbahn bewegt. Ich würde gerne das Fernsehen schicken, das wäre der erste Podcast, den ich unterstützen würde. Ich habe gehört, es gäbe keine Doppelspurigkeiten, das ist richtig so. Ich bin sehr froh, dass der Gemeinderat appelliert, dass wir am Wortprotokoll festhalten. Früher hatten wir kein Wortprotokoll, sondern ein Sinnprotokoll. Ich sass hier vorne als Präsident und habe zweimal bezüglich des Protokolls das Tonband mit sogenannt Betroffenen anhören müssen, ob man wirklich das gehört hat. Jetzt haben wir ein Wortprotokoll und es steht das, was man wirklich hört. Wenn wir als grosse Fraktion zusammensitzen, wir sind 16 Leute, füllen wir einen Saal. Wenn ich dann sagen muss "jetzt Ruhe, ich lasse etwas laufen", dann lachen mich alle aus. Das ist wie in der Schule. Wir brauchen ein Wortprotokoll, wir brauchen etwas Schriftliches, das kann man dann auch verteilen. Und einmal mehr die Finanzen. Wenn es um das eine geht, sind die Finanzen sekundär oder sogar tertiär, ganz weit hinten kleingedruckt, bei anderen Sachen sind sie ganz weit vorne. Wir unterstützen die Vorschläge des Gemeinderates und sind davon überzeugt, dass die Abklärungen gut waren und im Moment stimmen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen, wir kommen zur abschnittsweisen Beratung.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

- 1 Ausgangslage
- 2 Antwort des Gemeinderates
- 2.1 Protokoll
- 2.2 Anbieter und Produkt
- 2.3 Anschaffung und Kostenfolge (Investition und Betriebskosten)
- 2.4 Archivierung
- 2.5 Einsparpotential bei einer Umstellung
- 2.6 Kein Internetanschluss vorhanden
- 2.7 Fazit
- 3 Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Beratung ist abgeschlossen, wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

1. An der bisherigen ausführlichen Wortprotokollierung der Einwohnerratssitzungen wird weiterhin festgehalten.

://:

Dem wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Die heutigen Tonaufnahmen werden nicht auf die Gemeindewebsite aufgeschalten.

://:

Dem wird einstimmig zugestimmt.

3. Das Postulat Nummer 3890 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dem wird einstimmig zugestimmt.

549 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Mündliche Ausführung (Info-Fenster) zum Postulat von Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, vom 14.09.2009 betreffend Installation einer thermischen Solaranlage auf dem Flachdach des Schulzentrums Neuallschwil

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3894 / A

[siehe Info-Fenster]

550 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 16.02.2010 betreffend Wegsanierung vor dem Jugendhaus (JTA) Allschwil Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3926 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten nicht bestritten wird, erteile ich das Wort Gemeinderat Christoph Morat.

Gemeinderat Christoph Morat: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Auch der besten Verwaltung kann es passieren, dass man beim Budgetieren nicht alles berücksichtigt. Wir haben Gott sei Dank Einwohnerräte, die darauf schauen, und so waren wir Rolf Adam damals dankbar, dass er dieses Postulat mit der Geschäftsnummer 3926 gestellt hat. Wir hatten vor dem Jugend- und Freizeithaus ein Sicherheitsproblem. Es gab jemanden, der sich dort den Fuss vertrampt hat. Wir konnten nicht warten damit und sind bei der Behandlung dieses Postulats an Sie getreten und haben Ihnen einen Kostenvoranschlag gemacht. Sie haben uns den mit grossem Vertrauen zurückgegeben und überwiesen. Heute kann ich Ihnen den Bericht geben, dass wir die damals pauschal geschätzten Kosten von CHF 79'000 inklusive Mehrwertssteuer für die Sanierung des Vorplatzes und zwischen dem Jugendhaus und dem neuen Freizeithaus überarbeiten konnten. Nicht zuletzt, das möchte ich hier nicht verschweigen, haben wir uns am Landratspräsidentinnenfest von einer guten Seite präsentieren wollen und keinen schäbigen kaputten Belag präsentieren. Ich glaube, es ist gut herausgekommen. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat. Herzlichen Dank für die rasche Abwicklung dieses Postulats. Ich denke, es ging nur so schnell, weil das Landratsfest vor der Türe stand. Das war ein kleines Zückerli. Danke.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Sehr verehrte Anwesende. Da die gewünschten Massnahmen bereits ausgeführt und abgerechnet sind, verdankt auch die SP/EVP-Fraktion die notwendige und rasche Abwicklung dieses Geschäfts und stimmt dem Anliegen des Gemeinderates zu.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Werte Präsidentin, werte Einwohnerräte. Wie schnell kann das gehen, dass man ein Postulat umstritten überweist und schon hat man einen Nachtragskredit von fast CHF 80'000. Das hat uns wirklich erstaunt. Wir hätten gerne darüber geredet, wie das saniert werden soll und in welchem Rahmen. Wenn das so dringlich gewesen wäre und man dies schon wusste, warum hat man dann nicht gerade einen Kreditantrag gestellt? Wir können diesem Nachtragskredit nicht zustimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Die SVP-Fraktion kann diesem Antrag zustimmen. Es macht eine bessere Falle jetzt als vorher und das eine oder andere wurde zusätzlich gemacht. Wie man sieht, ist es ein bisschen höher ausgefallen, als wir gedacht haben.

Josua Studer, parteilos: Präsidentin, werte Anwesende. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass die FDP etwas stinkig ist. Sie war damals schon nicht für die Überweisung dieses Postulats. Ich habe sie dann darauf hingewiesen, dass ich erstaunt war, weil aus ihren Reihen immer geschaut wurde, dass solche Sachen umgesetzt werden. Wir hier drin haben alle gewusst, wenn wir dieses Postulat überweisen, dass es direkt umgesetzt wird, ohne dass wir nochmals darüber reden, weil das Landratsfest anstand. Wir wollten uns von der guten Seite zeigen. Jedem war klar, dass es Geld kosten wird. Ich bin erstaunt, dass es nicht mehr kostet, weil es gut gemacht wurde.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen direkt zu den Anträgen des Gemeinderates.

 Der Nachtragskredit für den Belagsersatz im Erschliessungsbereich des Jugend- und Freizeithauses in der Höhe von CHF 79'000 inklusive Mehrwertssteuer wird bewilligt. ://:

Der Antrag wird mit 28 Ja, 5 Nein, 0 Enthaltungen angenommen.

2. Das Postulat Nummer 3926 betreffend der Wegsanierung vor dem Jugend- und Freizeithaus wird als erfüllt abgeschrieben.

://:

Dem wird einstimmig zugestimmt.

551 01.030

Einwohnerrat

Traktandum 14

Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 zum Postulat von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 03.03.2010 betreffend Verwendung der ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf der Namenaktien Blockheizkraftwerk Bettenacker AG und der Abtretung der Darlehensforderung an die EBM (Betrifft ER-Geschäft 3905) Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3928 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten nicht bestritten ist, erteile ich das Wort an Gemeinderätin Nicole Nüssli.

Gemeinderätin Nicole Nüssli: Sehr verehrte Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Gemäss dem vorliegenden Postulat wurde der Gemeinderat gebeten zu prüfen, ob die Gelder aus dem Verkauf der BBA Aktien und aus der Abtretung der Darlehensforderung an die EBM anstatt für den Schuldenabbau respektive für die Finanzierung der laufenden Investitionen zu verwenden, nicht eher für die Finanzierung von innovativen Energieprojekten verwendet werden können und damit eine Vorfinanzierung zu bilden ist. Es ist Ihnen bekannt, dass sich der Gemeinderat aus der Blockheizkraftwerk Bettenacker AG verabschiedet hat, er hat die Aktien dieses Jahr verkauft und die Darlehensforderung an die EBM abgetreten. Zur Begründung führen die Postulaten aus, dass die Gelder damals bei der Gründung der BBA für die Anschubsfinanzierung eines innovativen Energieprojekts eingesetzt wurden und der Rücklauf dieser Gelder heute nicht irgendwo in der allgemeinen Gemeindebuchhaltung versickern darf. Der Gemeinderat hat den Antrag der Postulaten geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Bildung einer Vorfinanzierung mit diesen Geldern nicht möglich ist. Er beantragt Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Wie Sie den Ausführungen im Bericht des Gemeinderates entnehmen konnten, kann eine Vorfinanzierung nur gebildet werden aus dem Ergebnis der laufenden Rechnung oder wenn ausserordentliche Einnahmen verzeichnet werden. Ausserordentliche Einnahmen sind bei diesem Geschäft nicht vorgelegen. Die Aktien und das Darlehen waren beide zum Nominalwert im Finanzvermögen in der Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde aktiviert. Wir haben beide Werte zum Nominalwert verkauft bzw. abgetreten. Damit haben wir weder einen Buchgewinn noch einen Verlust erzielt. Es hat nur eine Umlagerung in der Buchhaltung stattgefunden. Vor dem Verkauf der Aktien waren die Aktien als Wert in der Bestandesrechnung. Nach dem Verkauf war das Geld als Bankguthaben drin. Im gleichen Sinne verhaltet es sich mit der Darlehensforderung. Die war vorher als Darlehensforderung aktiviert und danach war das Geld als Guthaben in der Buchhaltung. Damit wurde keine Gewinn realisiert, keine ausserordentliche Einnahme. Es ist nur eine Umschichtung. Buchhalterisch ist es ein erfolgsneutrales Geschäft, das der Gemeinderat abgewickelt hat. Weil kein ausserordentlicher Ertrag zu verzeichnen war, möchte der Gemeinderat den Erlös aus dem Verkauf und aus der Abtretung der Darlehensforderung für den Schuldenabbau respektive für die Finanzierung von laufenden Investitionen verwenden. Sie konnten das im Geschäftsbericht lesen und darum kamen Sie wahrscheinlich auf die Idee dieses Postulat einzureichen. Investitionskredite werden vom Einwohnerrat bewilligt, ohne dass schon zu diesem Zeitpunkt, wo die Vorlagen bewilligt werden, die Finanzierung steht. Die Liquiditätsplanung ist die Aufgabe des Gemeinderates respektive der Verwaltung. Es ist klar, dass nach dem Verkauf der BBA Aktien und von der Darlehensabtretung liquide Mittel zur Verfügung standen, die vorher eingefroren waren als Aktivum in der Buchhaltung. Es ist auch klar, dass die flüssigen Mittel dazu beitragen, laufende Investitionen zu tätigen, ohne dass ein Kredit beansprucht werden muss. Es ist falsch zu sagen, dass die flüssigen Mittel in der Buchhaltung einfach versickern, sondern sie werden verwendet. Die Umsetzung des Postulats würde bedeuten, dass Steuergelder zweckgebunden werden. Das ist nur möglich im Rahmen und nach den Regeln der Vorfinanzierungen. Diese können nur aus Ertragsüberschüssen oder der laufenden Rechnung gebildet werden. Das vorliegende Geschäft ist buchhalterisch erfolgsneutral und kann nicht für eine Vorfinanzierung gebildet werden. Es wäre allenfalls denkbar, einen entsprechenden Fonds zur Förderung von innovativen Energieprojekten zu bilden. Die Äufnung dieses Fonds müsste zulasten der laufenden Rechnung erfolgen und einer neuen Ausgabe entsprechen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass neue wiederkehrende Ausgaben zu vermeiden sind, im Sinne eines positiven Ergebnis. Zudem müsste ein Fondsreglement errichtet werden. Der Gemeinderat lehnt die Umsetzung des Postulats ab und beantragt Ihnen das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Geschätzte Präsidentin, geschätzte Anwesende. Ich danke dem Gemeinderat für den Bericht und Nicole Nüssli für die Ausführungen. Wir von den Grünen können vor allem den Punkt 2.1 gut akzeptieren. Ausserordentliche Einnahmen versus dieses Geschäft, entspricht einer Verflüssigung von bisher gebundenem Kapital. Wir nehmen diese formale Begründung zur Kenntnis. Wir nehmen gerne die Idee auf eines Budgetpostulats.

Pascale Uccella, SVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Wir von der SVP-Fraktion stehen hinter dem Gemeinderat und sind gleicher Meinung.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Sehr verehrte Anwesende, auch die SP/EVP-Fraktion findet den vorliegenden Vorschlag und das grundsätzliche Anliegen hinter dem Postulat sehr unterstützenswert. Da aber keine eigentlichen Gelder fliessen, sondern nur eine Bürgschaft erstellt wurde, kann diese fiktive Summe nicht für den gewünschten Zweck verwendet werden. Mit diesem Hintergrund stützen wir den Antrag des Gemeinderates. Trotzdem möchten wir festhalten, dass wir eine Unterstützung im Sinne des Postulats durch die Gemeinde sehr begrüssen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP haben dieses Postulat diskutiert und sind zum gleichen Schluss gekommen wie der Gemeinderat. Es ist nicht so, dass zusätzliche Einnahmequellen gefunden wurden, sondern es wurde etwas verflüssigt und unter dem Strich bleibt alles gleich. Darum kann das Geld nicht zweckgebunden irgendwo parkiert werden. Es muss für Schuldenabbau und die laufenden Investitionen verwendet werden.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Werte Präsidentin, werte Einwohnerräte. Wir von der FDP/GLP-Fraktion unterstützen den Gemeinderat. Wenn ein gutes Projekt vorliegt, dann werden wir das Geld sprechen können.

Josua Studer, parteilos: Frau Präsidentin, werte Anwesende. Es ist schade, dass Hans-Peter Tschui heute Abend nicht hier sitzt. Als er die Ausführungen des Gemeinderates gelesen hat, hat er wahrscheinlich sehr gejubelt. Er hat uns dies in emotionaler Art und Weise lehrmeistermässig klar gesagt, dass dies nicht durchführbar sei. Was haben Vorstösse an sich? Man möchte etwas bewegen, man möchte, dass darüber diskutiert wird. Das ist Politik und das ist passiert. Wenn es zu einer Umsetzung kommt, dann kann man darauf zurückgreifen und man hat dann etwas. Ich finde es gut, dass es so herausgekommen ist. Die Anträge müssen wir zwangsläufig unterstützen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen und kommen direkt zu den Anträgen des Gemeinderates.

 Die zweckgebundene Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der Namenaktien der Blockheizkraftwerk Bettenacker AG zum Nominalwert von CHF 500'000 sowie die Rückzahlung des Darlehens von CHF 400'000 für die Finanzierung innovativer Energieprojekte abzulehnen.

://:

dem wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Das Postulat Nummer 3928 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Dem wird grossmehrheitlich zugestimmt.

552 01.030

Finwohnerrat

Traktandum 15

Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, vom 18.11.2009 betreffend Durchführung von zwei Bring- und Holtagen pro Kalenderjahr Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3906

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Werte Präsidentin, werte Anwesende. Ich möchte betonen, dass ich die Idee immer noch gut finde und ich bin gespannt auf die Ausführungen von Robert Vogt, und ich möchte dann reagieren.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzte Präsidentin, werte Damen und Herren. Wir haben seit 13 Jahren einen erfolgreichen Bring- und Holtag in Allschwil. Der Bring- und Holtag ist mit einem grossen Aufwand verbunden und die Bevölkerung schätzt das sehr. Das wissen wir. Im Postulat wird neu gefordert, dass wir zwei solche Bring- und Holtage durchführen in Allschwil. Da musste ich erkennen, wenn wir zwei Anlässe machen, dann wird die Exklusivität abnehmen. Wir haben das Problem, dass sich der Anlass verzetteln wird, es ist nicht mehr konzentriert auf ein grosses Ereignis und wir werden die Kosten erhöhen. Wir werden mehr Aufwand an Personal haben, mehr Entsorgungskosten vom Material, das liegen bleibt und wir werden mehr Verkehrsbehinderungen haben. Auch heute gibt es relativ grosse Rückstaus am Bring- und Holtag, weil viel Material gebracht und abgeholt wird. Das führt zu Verkehr. Wenn wir das wie heute auf einen Tag im Jahr konzentrieren, dann können wir das gut begründen und dies mit dem Gewerbe und den Anwohnern organisieren. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir an einem Bring- und Holtag pro Jahr festhalten sollen. Allerdings hat das Anliegen der Postulantin etwas ausgelöst. Es kamen gute Vorschläge aus der Verwaltung, dass man etwas einführen könnte, was bisher noch nicht da war. Wir haben folgenden Vorschlag, den wir umsetzen möchten ab 1. Januar 2011. Weil die Entsorgung von grösserem Material zu Problemen führt und dies mit dem Bring- und Holtag zu tun hat, möchten wir unser Entsorgungssystem für Sperrgut vereinfachen. Wir werden neu ab dem nächsten Jahr einführen, dass man Kleinsperrgut, was es heute bereits gibt, mit einer Abfallgebührenmarke entsorgen kann. Dann muss man nicht mehr Länge, Breite und Höhe und die Literzahl ausrechnen und die entsprechende Anzahl Gebührenmarke berechnen. Es gibt dann nur noch die zwei Kategorien für Sperrgut, Kleinsperrgut mit einer Gebührenmarke und die grossen Sperrgutgegenstände, die mehr als 1 Meter Länge ausweisen. dafür braucht es dann 3 Kehrrichtvignetten. Damit erreichen wir, dass wir dem grossen Anliegen, das in Basel mit der Entsorgungsmöglichkeit von Gratis-Sperrgut eingeführt wurde, entgegenkommen können. Wir würden den Bring- und Holtag in der jetzigen Form beibehalten, aber wir sagen klar, dass wir daraus keinen Entsorgungstag machen möchten, sondern wir nutzen dazu die Grobsperrgutabfuhr, die ab nächstem Jahr vereinfacht werden kann. Damit kommen wir dem Verursacherprinzip entgegen, nämlich am Bring- und Holtag gilt das Prinzip, dass wir die Gegenstände, die noch verwertet werden können, austauschen. Wenn man das Material entsorgen will, dann kann man das über die Grobsperrgutabfuhr machen und mit dem vereinfachten System sehr gut handhaben. Wenn jetzt noch Fragen übrig sind, dann kann ich das selbstverständlich detaillierter ausführen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Werte Anwesende, ich finde das toll, dass es eine neue Idee gibt, die schon weit gediehen ist. Ab nächstem Jahr wird dies kommen. Wir reden trotzdem von zwei verschiedenen paar Schuhen. Es kam mir grad das mit der Post in Sinn. Wir möchten in Neuallschwil eine neue Post und man soll die bestehenden Poststellen behalten. Ich möchte gerne einen zweiten Bring- und Holtag. Man kann trotzdem etwas zur Vereinfachung vom Sperrgut tun für die Bevölkerung. Ich verlange nur, dass man dies prüft und darüber berichtet. Wie du gesagt hast, läuft dieser Tag gut. Ich glaube, das Verkehrsproblem haben wir, wenn dann der Kreisel da ist, vielleicht nicht mehr so sehr. Der zweite Bring- und Holtag hat nichts mit Abfallentsorgung zu tun, sondern mit Tausch. Es geht um einen Flohmarkt und um Geldsparmassnahmen für die Leute mit wenig Geld im Portemonnaie. Wenn auskommt, dass dies nicht erwünscht ist, dann bin ich gerne bereit, dies zu akzeptieren. Ich möchte aber, dass sich der Gemeinderat darum bemüht herauszufinden, ob ein zweiter Tag ein Bedürfnis ist oder nicht. Ich bitte den Rat, das Postulat trotzdem zu überweisen.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Ich möchte zuerst Gabi Huschke gratulieren zu diesem Postulat, wir unterstützen es sehr. Ich möchte auch das Votum nochmals unterstützen, dass beim Bring- und Holtag nicht die Entsorgung im Vordergrund stehen soll, sondern Gegenstände sollen den Besitzer wechseln. Das führt dazu, dass die Lebensdauer verlängert wird, damit werden Ressourcen eingespart, das ist sicher sinnvoll. Dass der Bring- und Holtag einem grossen Bedürfnis der Allschwiler Bevölkerung entspricht, durfte ich selber erleben. Zwei Bring- und Holtage wären sicher im Sinne der Allschwiler Bevölkerung, darum unterstützen wir das Postulat.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende, lieber Robert Vogt. Ich danke ganz herzlich, dass ihr den Vorschlag bringt zur Entsorgung von Sperrgut. Es war auch das Postulat von mir, das im Rat abgewiesen wurde. Ihr habt gesagt, dass ihr für eine Vereinfachung beim Marken aufkleben schaut, damit die Leute nicht studieren müssen und sich nicht getrauen, ihren Hausrat hinauszustellen. Ich danke Ihnen und bin froh, dass Sie das machen.

Josua Studer, parteilos: Mathilde Oppliger hat genau das gesagt, was ich mitteilen wollen. Ehre, wem ehre gebührt. Sie ist die Verursacherin, dass die Idee jetzt kommt mit diesen Marken. Das Bringen und Holen und das Wegwerfen ist zu trennen. Ich weiss aus sicherer Quelle, dass die Veolia gedenkt ihren Hof auszubauen. Vielleicht könnte man dort einen Bring- und Holtag machen. Das, was gebracht und nicht geholt wird, könnte man grad direkt entsorgen, dann hätten wir beides in einem.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Geschätzte Präsidentin, geschätzte Anwesende. Robert Vogt, ich habe eine Frage. Ist es nicht sehr günstig, ein Märkli? Wenn ich es bis jetzt ausgerechnet habe, dann bin ich weit über eine Marke gekommen. Wird das anders finanziert oder wie läuft das? Ich dachte, die Kehrrichtabfuhr ist gebunden. Vielleicht müsste man da nochmals über die Bücher gehen und die Sachen ursachenprinzipgemäss verrechnen.

Gemeinderat Robert Vogt: Vielen Dank für diese Frage. Ich möchte nicht von der Postulantin ihrem Thema abweichen. Es geht um die Einführung eines zweiten Bring- und Holtages. Ich bitte Sie, dies abzulehnen, weil dies aus meiner Sicht überrissen wäre. Was die Frage betrifft: Die Kosten würden tatsächlich günstiger mit dem neuen System der Sperrgutabfuhr. Dort haben wir festgestellt, dass die Rechnung in sich gut aufgeht. Wir weisen jedes Jahr einen Überschuss aus und können damit den Preis der Abfallgebührenmarken senken im nächsten Jahr. Wenn wir innerhalb der Abfallrechnung eine kleine Umlagerung machen und das Grobsperrgut etwas günstiger wird, was tatsächlich der Fall ist, dann ist das kein Problem, weil sie immer noch verursachergerecht entsorgt wird. Wer entsorgt, der bezahlt auch dafür.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende. Als reger und zufriedener Benutzer des Hol- und Bringtages sehe ich den Aufwand, den die Leute von der Gemeinde, Werkhof und Freiwillige leisten, ich sehe auch die lange Autoschlange, die ich mit Velo und Anhänger fröhlich überhole. Ich weiss, von was ich rede. Ich habe meine Fragen, ob es sich wirklich lohnt, einen oder eben doch zwei Hol- und Bringtage zu machen. Wenn es sich lohnt, dann machen wir zwei. Wenn es bei dem bleibt und das gut ist, so wie es jetzt ist – diesen Eindruck habe ich -, dann können wir es auch bei einem lassen. Aber ich möchte es nicht zurückweisen, darum bin ich für den Antrag.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Präsidentin. Es geht darum, ein Anliegen von einem Mitglied aus unserem Parlament zu prüfen. Wir sagen, der Gemeinderat soll dies prüfen, entgegennehmen und ein Resultat bringen. In letzter Zeit fällt mir auf, dass der Gemeinderat bei vielen Anliegen vorsondiert. Wenn die Stimmung im Gemeinderat ist, dass man das nicht will, dann macht man schnell ein Papier mit ein paar Argumenten, dass dies nicht geht. Wir sagen schlussendlich, ob der Gemeinderat die Sachen entgegennehmen muss zum Prüfen oder nicht. Die Antwort von Robert Vogt vorhin hat mit dem Postulat überhaupt nichts zu tun. Es geht um die Entsorgung, das sind seine Sorgen. Wir als Einwohnerräte haben ganz andere Aufgaben. Wir müssen überlegen, ob es sinnvoll ist, den Verkehr an einem Tag so problematisch zu haben. Man kann es auch teilen, zweimal im Jahr weniger Stauraum zuhause und weniger Puff auf den Strassen an einem Tag. Unser Job ist es nicht, dem Gemeinderat zu folgen, sondern wir müssen werten, ob wir eine gut abgeklärte Antwort auf unser Anliegen haben. Mir fällt das grundsätzlich auf bei dem Gemeinderat und der Verwaltung. Wir reden nicht über ein Postulat oder eine Motion, sondern über das Papier, das wir von Ihnen erhalten. Für uns geht es um zwei Bring- und Holtage, mehr Sperrgutabfuhr hat damit nichts zu tun.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Geschätzte Alle, ich wäre so gerne einmal an einen Hol- und Bringtag gegangen. Jean-Jacques Winter hat gesagt, die Anliegen aus dem Rat seien aufzunehmen. Meine Bitte ist, wenn man zwei Tage machen kann, könnte dann eventuell der zweite Tag nicht an einem Samstag sein? Ich arbeite Dienstleistungsstunden, das heisst, dass ich fast jeden Samstag arbeite. So wie mir geht es ganz viel anderen. Das ist nur ein Detail, aber vielleicht kann man dadurch noch mehr Leute erreichen, die wie ich nie gehen konnten.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es keine weiteren Wortmeldungen? Somit kommen wir zum Antrag des Gemeinderates, Nichtüberweisung dieses Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 20 Stimmen überwiesen, bei 9 Nichtüberweisungen und einer Enthaltung.

Ich danke für die Mitarbeit heute Abend und wünsche allen einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG